Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haber & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 90 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 30 Pf.

Nr. 149 | Dresden, Donnerstag den 1. Juli 1920 | 31. Jahrg.

Der Reichswirtschaftsrat

Gestern ist in Berlin der vorbereitende Reichswirtschaftsrat eröffnet worden, in dem sich Vertreter aus allen Kreisen unseres Wirtschaftslebens zusammengefunden haben, um über wichtige Fragen der deutschen Wirtschaft zu beraten. Man kann nur wünschen, daß dieser Reichswirtschaftsrat sich zu einer für das deutsche Volk segensreichen Einrichtung entwickeln wird. Wir Sozialdemokraten glauben natürlich nicht an so etwas wie die „Entpolitisierung" der Wirtschaft. Wir wissen zu gut, daß hinter den politischen Kämpfen in der Hauptsache die wirtschaftlichen Gegensätze der Klassen stecken, und es ist auch leicht, zu sehen, daß in erster Reihe wirtschaftliche Fragen unsre politischen Parlamente beschäftigen. Aber es ist zuzugeben, daß auch bei völlig demokratischem Wahlrecht in die politischen Parlamente nicht immer oder nicht in genügendem Maße Leute kommen, die in Wirtschaftsfragen hervorragende Sachverständige sind. Wer heute im Wirtschaftsleben eine leitende Stellung einnimmt, hat oft nicht die Zeit, sich dem Parteileben genügend zu widmen, und viele hervorragende Wirtschaftler verfügen auch gar nicht über die Eigenschaften, die den Weg zu einem Parlamentssitz öffnen. Nicht jeder, der imstande ist, ein großes Unternehmen zu leiten oder die Geschäfte einer Gewerkschaft gut zu führen, ist auch gleichzeitig ein guter Volksversammlungsredner, dem es leicht gelingt, ein Reichstagsmandat zu erlangen.

Die wirtschaftlichen Fragen aber, die jetzt zu lösen sind, sind ungeheuer schwer, und es ist dringend notwendig, daß sie an einer Stelle beraten werden, wo das denkbar höchste Sachverständnis herrscht. Freilich wird man die Beschlüsse und Kundgebungen des Reichswirtschaftsrates nicht als unfehlbare Offenbarungen ansehen dürfen. Mögen die Männer und Frauen, die sich im Reichswirtschaftsrat zusammenfinden, auch viel praktische Erfahrungen gesammelt haben, so stehen sie doch den Fragen des wirtschaftlichen Lebens nicht unparteiisch gegenüber, sondern es wird auch hier ein jeder nur allzu sehr geneigt sein, das für das Richtige zu halten, was ihm und seinen Klassen- oder Berufsgenossen frommt.

Dem Reichswirtschaftsrat gehören Arbeiter- und Unternehmervertreter in ungefähr gleicher Zahl an, und das muß zur Folge haben, daß die Anschauungen in vielen Fällen sehr geteilt sein werden. Wenn überhaupt im Wirtschaftsrat ein Beschluß zustandekommt, so wird er sehr oft gegen eine große Minderheit gefaßt worden sein. Freilich dann, wenn in dieser Körperschaft, in der so verschiedene Interessen vertreten sind, ein Antrag einstimmig oder mit großer Mehrheit angenommen wird, so wird man mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß hier wirklich ein Weg gewiesen ist, der im Interesse der deutschen Wirtschaft beschritten werden muß.

Die Idee, ein solches Wirtschaftsparlament zusammenzuberufen, ist emporgewachsen aus dem Rätegedanken, der seit der Revolution eine große Bedeutung gewonnen hat. Die Anhänger der Räteidee von links können freilich mit dem Reichswirtschaftsrat nicht zufrieden sein. Er hat ja mit dem Rätesystem, das sie fordern, auch wenig zu tun, denn die Linksunabhängigen und Kommunisten sehen in dem Rätesystem ein Mittel, um die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

In einer andern Form ist ja aber auch der Rätegedanke in rechts aufgenommen worden. So befindet sich in dem Programm der Deutschen Volkspartei die Forderung nach Schaffung eines Wirtschaftsparlaments mit weitgehenden politischen Rechten. Dort ist man bestrebt, aus diesem Wirtschaftsrat eine Art erste Kammer zu machen, die unter Umständen dem Reichstag hemmend in den Arm fallen kann. Die Sozialdemokratie hat den Gedanken der Diktatur des Proletariats immer entschieden abgelehnt, sie hält unbedingt an der Demokratie fest. Aus dem gleichen Grunde muß sie es natürlich auch ganz entschieden ablehnen, daß dem Wirtschaftsrat das Recht gegeben wird, das Inkrafttreten von Gesetzen zu verhindern, die im Reichstag angenommen wurden. Die paritätische Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrates mag ganz zweckmäßig sein für die Aufgaben, die dem Reichswirtschaftsrat jetzt gestellt sind. Es wäre aber für die Massen des deutschen Volkes unerträglich, wenn eine Körperschaft, in der das Unternehmertum einen im Verhältnis zu seiner Zahl doch sehr großen Einfluß hat, dem aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehenden Reichstag gleichgestellt würde.

Wenn der Reichswirtschaftsrat wertvolle Arbeit leistet und beachtliche Beschlüsse faßt, so wird selbstverständlich der Reichstag diese Beschlüsse genau zu prüfen haben, und er wird sicher an wertvollen Anregungen des Reichswirtschaftsrates nicht vorbeigehen. Aber die höchste Gewalt muß, wenn Deutschland eben eine Demokratie bleiben soll, der Reichstag behalten, der in seiner Zusammensetzung den Willen des deutschen Volkes widerspiegelt. Diejenigen, die aus dem Reichswirtschaftsrat eine erste Kammer machen wollen, wollen damit die Demokratie verfälschen und wollen verhindern, daß der Mehrheitswille des deutschen Volkes sich durchsetzen kann. Sie hoffen, daß sie mit Hilfe des Reichswirtschaftsrates die demokratische und sozialistische Entwicklung aufhalten können. Solche Bestrebungen wird die Sozialdemokratie mit der größten Energie bekämpfen, so sehr sie auch wünscht, daß die Arbeit des Reichswirtschaftsrates dazu beitragen möge, dem deutschen Volke aus seiner schweren wirtschaftlichen Not herauszuhelfen.

Valona gefallen?

Belgrad, 30. Juni. Die Zeitung Prawda meldet: Die Albanesen haben Valona erstürmt und die ganze italienische Garnison gefangengenommen.

•

Wenn diese Prawda ihren Namen rechtfertigt und wirklich die Wahrheit, nicht nur den heißen Wunsch des südslawischen Ententegenossen kündet, dann ist in dieser Aussage das albanische Abenteuer den Staat in eine ebensolche Krise stürzen, wie einst Baratieris Niederlage bei Massauah in Abessinien. Zwei Umstände sprechen allerdings gegen die Richtigkeit der Meldung: einmal die Quelle selbst, denn alle jugoslawischen Nachrichten sind, soweit sie sich auf Fragen beziehen, an denen Italien beteiligt ist, mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen. Und vor allem die Tatsache, daß ein großer Teil der italienischen Flotte vor Valona konzentriert ist, läßt die Möglichkeit einer solchen Ueberrumpelung, rein militärisch genommen, kaum zu, denn mit den schweren Marinegeschützen kann man den etwaigen Rückzug der Besatzung decken.

Bei der Berliner italienischen Botschaft war in später Abendstunde ein Dementi nicht zu erlangen, doch hält man dort die Nachricht für sehr unwahrscheinlich.

•

In der Kammer forderte der Sozialdemokrat Modigliani die Regierung auf, sich an ihre Versprechungen zu halten, und wünschte namentliche Abstimmung über die Tagesordnung Maffi, die den unverzüglichen Rückgang der Truppen aus Albanien verlangt. Giolitti erklärte, er halte es für unnütz, die Erklärungen bezüglich Albaniens zu wiederholen. Die Politik der Regierung sei klar. Italien sende keine Truppen nach Albanien und bestehe auf der vollen Unabhängigkeit dieses Landes. Die Regierung könne aber die Tagesordnung Maffi nicht annehmen, denn es sei unmöglich, den Truppen der Alliierten telegraphisch den Rückzugsbefehl zu geben, bevor die Verhandlungen zu Ende geführt seien. Die Tagesordnung Maffi wurde verworfen und die sechs provisorischen Budgetzwölftel bis zum 31. Dezember 1920 mit 316 gegen 91 Stimmen angenommen.

Im Senat sagte der Kriegsminister Bonomi am Dienstag, die Regierung werde einen Kommissar nach Albanien senden, der ausdrücklich erklären soll, daß Italien die Unabhängigkeit Albaniens anerkenne. In allen Städten Italiens hätten sich Freiwillige für Albanien gemeldet.

Rom, 30. Juni. Der von einer Minderheit proklamierte Generalstreik hat keinen Erfolg. Nur einige hundert Arbeiter streiken.

In Mailand, Genua und andern großen Städten, auch in Sizilien, ist der Dienstag ruhig verlaufen. Laut Giornale d'Italia sind bei Haussuchungen in Ancona und andern Städten bei zahlreichen Agitatoren und Anarchisten beträchtliche Geldsummen gefunden worden.

Teuerungskrawalle

Lübeck, 30. Juni. Hier brachen heute schwere Unruhen aus, nachdem die Obst- und Gemüsehändler gezwungen worden waren, ihre Waren zu billigen Preisen abzugeben. Die plündernde Menge durchzog die Straßen. Sie hatte es namentlich auf die Warenhäuser und Schuhwarengeschäfte abgesehen. Es wurde viel geraubt. Die Sicherheitspolizei schoß auf die Plünderer, die das Feuer erwiderte. Bisher steht fest, daß zwei Sicherheitsbeamte erheblich verwundet worden sind. Auch aus der Menge sollen verschiedene Personen getroffen worden sein. Die Unruhen dauern fort.

Lübeck, 30. Juni. Die Plünderungen in Lübeck haben auch am Nachmittag noch angehalten und großen Umfang angenommen. Fast alle Bekleidungsgeschäfte in der inneren Stadt sind in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Schaden, der allein beim Warenhaus Rudolf Karstedt durch Zertrümmerung der großen Spiegelscheibe und teilweises Ausrauben verursacht wurde, beträgt viele Millionen. Alle Schuhwarengeschäfte der Innenstadt und auch teilweise der Vorstädte wurden geplündert. Die Menge drang in die Verkaufsräume ein und erzwang den Verkauf der Waren zu den von ihr festgesetzten Preisen. Hierbei kam es aber auch zu sinnlosen Zerstörungen. Da die Plünderungen immer größeren Umfang annahmen und die Sicherheitswache der Plünderer durch Schreckschüsse nicht mehr Herr zu werden vermochte, wurde der Belagerungszustand verhängt und die Einwohnerwehr alarmiert. Es kam jetzt wiederholt zu Zusammenstößen. Eine Anzahl Verwundeter wurde fortgebracht. Es steht noch nicht fest, wieviel Opfer der Tag gefordert hat und ob sich auch Tote darunter befinden. Einem Schutzmann wurde der Schädel eingeschlagen, und zwei Sicherheitsbeamte wurden schwer verwundet. Wiederholt wurden auch Verletzte aus dem Publikum fortgebracht. Die Straßen zeigen auch jetzt noch eine erregte Menge, so daß auch für die Abend- und Nachtstunden mit Zusammenstößen zu rechnen ist. Von seiten der Landesversorgung, die zu derselben Zeit, als die Unruhen in der Markthalle ausbrachen, tagte, wurde von Händlern und Produzenten eine erhebliche Preissenkung vereinbart, die für Obst und Gemüse teilweise 30 bis 40 Prozent beträgt und für Fische gar bis 50 Prozent herabgeht.

Unwahre Meldungen

Frankfurt a. M., 1. Juli. In einer Reihe auswärtiger Blätter werden die übertriebensten und unwahrsten Gerüchte über die Frankfurter öffentliche Demonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise verbreitet. Man liest da u. a., daß Kaffeehäuser gestürmt und die Gäste mißhandelt worden seien, daß Plünderungen stattgefunden hätten und ähnliches mehr. In Frankfurt weiß man nichts von dem. Die hiesigen Blätter haben übereinstimmend gemeldet, daß die Kundgebung eindrucksvoll verlaufen und es nicht zu ernsten Ausschreitungen gekommen ist. Von Plünderungen und Unruhen wie in andern Städten ist keine Rede. Die hiesige Arbeiterschaft ist gut diszipliniert, und wo sich Anfänge von Ausschreitungen bemerkbar machten, schritten sofort die Führer ein und mahnten mit Erfolg zur Besonnenheit.

Eine bolschewistische Niederlage

Kopenhagen, 30. Juni. Nach dem letzten polnischen Heeresbericht haben die Bolschewisten an der Nordfront nach zweitägigem Kampfe bei Tzernica eine schwere Niederlage erlitten. Die Bolschewisten verloren 2000 Soldaten, 15 Maschinengewehre und wichtiges Kriegsmaterial.

Neueste Telegramme

Unerbittlich

Eigene Drahtmeldung

Basel, 1. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung den Text auf die letzte Note Deutschlands revidiert, in der Deutschland eine Verlängerung der Frist für die Räumung der neutralen Zone verlangte. Die Antwort ist ablehnend ausgefallen.

Die Konferenz in Brüssel

Eigene Drahtmeldung

Basel, 1. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Der italienische Delegierte Bartolini ist in Brüssel eingetroffen und die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Kriegsentschädigung unter den Verbündeten können ihren Anfang nehmen. Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß man sich einigen wird. Millerand mit Marschall Pe Trompeur und Foch treffen in Brüssel ein. Lloyd George kommt in Begleitung Curzons. Als Berater von Militär- und Marinefragen werden Marschall Wilson und der Admiral Beatty an den Besprechungen teilnehmen. Man erwartet, daß die Konferenz bereits am Samstag beendet sein wird, worauf die Alliierte nach Spa erfolgen wird.

Die Eröffnungssitzung

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Erste Sitzung vom Mittwoch den 30. Juni 1920, 8 Uhr, im Plenarsitzungssaale des vormaligen Preußischen Herrenhauses.

Der Saal und die Tribünen sind voll besetzt. Am Regierungstisch haben u. a. der Reichskanzler Fehrenbach, der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons, der Reichsminister des Innern Koch, der preußische Volkswohlfahrtsminister Stegerwald Platz genommen. Der Alterspräsident Kommerzienrat Hermann Bamberg (Arbeitgebervertreter der Industrie) eröffnet die Sitzung um 8.06 Uhr.

Er erteilt das Wort dem

Reichskanzler Fehrenbach:

Meine sehr verehrten Herren! Namens der Reichsregierung begrüße ich den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Die Reichsverfassung hat sich das ideale Ziel gesetzt,

die gleichberechtigte Mitwirkung aller in der Wirtschaft tätigen Kreise

an der Entwicklung der produktiven Kräfte der Nation herbeizuführen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat, dessen Tagung heute beginnt, ist ein wichtiges Glied zur Verwirklichung dieses Zieles. Nach seiner Zusammensetzung und seinen Aufgaben stellt er eine neue Erscheinung unter den Parlamenten der Welt dar. Der organisatorische Zusammenschluß innerhalb der gleichen Klassen oder der gleichen Interessenkreise ist eine alte Erscheinung, die uns Deutschen besonders im Blut liegt. Markgenossenschaften und Zünfte, Gilden und Gewerkschaften haben sich aus diesem Gedanken im Laufe der Jahrhunderte entwickelt, aber dieser Zusammenschluß hat sich in manchen Beziehungen als eine Sackgasse erwiesen, aus der man den Ausweg zu andern Dimensionen suchen muß. Vor allem drängt die Entwicklung zu einer Verbindung der verschiedenen Zweige und Massen zu einheitlichen Interessengemeinschaften. Diese Erkenntnis ergab die aus den Stürmen der Revolution geborene Forderung, daß die Arbeitnehmer eine Einwirkung auf den Produktionsprozeß erhalten und die Gelegenheit haben sollten, den Zweck ihres tätigen Tuns und den Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft zu sehen, ihre Sachkenntnis dafür fruchtbar zu machen und wieder die Freude an ihrem Schaffen zu finden. Dies waren die maßgebenden Faktoren für die Zusammensetzung der neuen Körperschaft. Neu sind auch ihre Aufgaben. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Verflechtung der wirtschaftlichen Fragen untereinander, haben einen Grad erreicht, daß es geradezu ein zwingendes Bedürfnis geworden ist, von der Behandlung dieser Fragen, so gut es geht, den Reichstag zu entlasten und eine Körperschaft zu bilden, in die die Berufe, die im Reichstag nur zufällig sich zusammenfinden, gehören und die Beteiligten darin organisch vertreten sind. Der endgültige Reichswirtschaftsrat, den die Reichsverfassung im Artikel 165 vorsieht, soll sich auf einer Reihe von Körperschaften aufbauen, die heute noch nicht bestehen, deren Einrichtung vielmehr zu den Aufgaben der nächsten Monate gehört; er kann erst nach der Errichtung dieser Körperschaft gewählt werden. Die gegenwärtige Wirtschaftslage ließ es aber geboten erscheinen, nicht solange zu warten, bis Reichsregierung hat daher für die einstweilige Lösung der Aufgabe diesen Reichswirtschaftsrat geschaffen und hofft auf seine wirksame Hilfe bei den schweren Belastungsproben, welche die nächsten Monate der deutschen Wirtschaft bringen werden. In der Bedeutung, die der Reichswirtschaftsrat sich durch seine Tätigkeit zu geben weiß, liegt seine Stellung, fester verankert, als in Artikeln und Paragraphen des Gesetzes. Wenn alle Beteiligten erfüllt sind von dem Bewußtsein, daß heute weniger denn je die Wirtschaft Sache des einzelnen ist, wenn alle Beteiligten das natürliche eigene Interesse in das Interesse des Ganzen einzufügen suchen, dann wird, so hoffe ich unverbrüchlich, der Reichswirtschaftsrat, das erste wirtschaftliche Parlament der Welt, der Grundlagen werden, auf dem wir weiterbauen können zum Wohle des Vaterlandes. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Alterspräsident Bamberg: Der Beifall berechtigt mich zur Annahme, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich dem Herrn Reichskanzler für seine Begrüßungsrede herzlich danke. (Zustimmung.)

Der Entwurf einer vorläufigen Geschäftsordnung wird mit einigen Aenderungen angenommen.

Nach § 2 der Geschäftsordnung ist durch das Los zu bestimmen, ob ein Arbeitgeber- oder ein Arbeitnehmervertreter zum Präsidenten gewählt werden soll. Das Los entscheidet für einen Arbeitgebervertreter.

Direktor Kroner schlägt vor, dem Vertreter der Landwirtschaft, Ministerialdirektor a. D. Exzellenz v. Braun zum Vorsitzenden zu wählen. (Die Wahl wird unter Namensaufruf vollzogen.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200701/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG